

Größenwahn oder dringende Notwendigkeit

so lässt sich die derzeitige Diskussion um den geplanten Verwaltungsneubau auf den Punkt bringen. Aber wer hat recht? Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich ein paar Schritte zurückzugehen.

Die Amtsverwaltung ist derzeit in mehreren Gebäuden untergebracht, die für diesen Zweck nicht errichtet und daher auch nicht geeignet sind. Sie entsprechen nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf den Brandschutz, der Barrierefreiheit, den Raumgrößen und den Sanitäreinrichtungen. Wärmedämmung an den Außenwänden oder zweite Rettungswege sucht man vergebens. Gepaart mit fehlenden Beratungsräumen, dem zusätzlichen Raumbedarf für die aufgenommenen Mitarbeiter der Gemeinde Steinhöfel und dem aufgelaufenen Sanierungsbedarf, war schnell klar, Geld in die bestehenden Gebäude zu investieren, lohnt sich nicht. Zu diesem Ergebnis ist auch ein unabhängiges Gutachten der B & P Management- und Kommunalberatung GmbH gekommen. Die eindringliche Empfehlung lautete: Neubau eines Verwaltungsgebäudes. Dieser Empfehlung hat sich die Mehrheit des Amtsausschusses angeschlossen.

Als die Frage nach dem Ob geklärt war, standen die Fragen: Wo?, Wie? und Wann?.

Zur Frage Wo? Auch in dieser Frage kommt das Gutachten nach der Bewertung zahlreicher Kriterien, die von den Gemeindevertretern aus Briesen (Mark) aufgestellt worden sind, bei den 4 verschiedenen Standortalternativen

- Neubau Petershagener Straße
- Neubau Karl-Marx-Straße
- Abriss und Neubau Bahnhofstraße (derzeitiger Verwaltungssitz)
- Umbau und Sanierung Frankfurter Straße

zu einer eindeutigen Aussage. Ein Neubau an der Petershagener Straße bringt den höchsten Nutzen für das Amt Odervorland. Das umfassende Gutachten, welches sowohl die finanziellen Auswirkungen als auch den tatsächlichen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Amtsausschussmitgliedern und den Gemeindevertretern betrachtet hat, ist im Amtsausschuss ausführlich öffentlich diskutiert worden und kann von Bürgerinnen und Bürgern unter Einhaltung der Corona-Vorschriften eingesehen werden.

Auf der Grundlage dieses Gutachtens hat der Amtsausschuss beschlossen, zunächst die Planung (Leistungsphase 1 – 4) für den Neubau an der Petershagener Straße zu beauftragen. Hierbei handelt es sich um die Grundlagenplanung bis zur Genehmigungsplanung und um die Kostenermittlung, die erforderlich sind um den Finanzbedarf konkreter zu ermitteln und um Fördermittelanträge stellen zu können.

Die geplanten Investitionssummen hat ein Architekturbüro aufgrund einer Kostenschätzung nach Kennwerten für verschiedene Kostengruppen nach DIN 276 unter Einbeziehung einer jährlichen Kostensteigerung von 6 % ermittelt. Danach belaufen sich die Ausgaben für die Erstellung eines neuen Verwaltungsgebäudes nach derzeitigem Stand auf ca. 3,9 Millionen Euro.

Ein altes Volkslied lautet: Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt?

Die Antwort lautet: Das Amt Odervorland.

Vorgesehen ist, dass Eigenmittel in Höhe von 250.000,00 € u.a. durch den Verkaufserlös eines Gebäudes und den Verkauf der Bürocontainer eingesetzt werden. Außerdem hat das Land Brandenburg bereits für den Wegfall einer Verwaltungseinheit einen Betrag von 500.000,00 € zur

Verfügung gestellt. Nach dem Willen aller Gemeinden des Amtes und dem Amtsausschuss soll dieses Geld ebenfalls für den Verwaltungsneubau eingesetzt werden.

Bisher unberücksichtigt ist dabei, dass sowohl beim Bund, beim Land Brandenburg als auch beim Landkreis Oder-Spree weitere Fördermittel beantragt werden und teilweise schon in Aussicht gestellt worden sind.

Bei der Diskussion um den Verwaltungsneubau ist auch ein weiterer Aspekt unbedingt zu beachten. Das Werben um gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter macht auch vor dem Amt Odervorland nicht halt. Geworben oder Abgeworben wird dabei nicht nur mit dem Versprechen einer höheren Gehaltsgruppe, sondern mit zukunftsfähigen und modernen Arbeitsbedingungen. Ich bin überzeugt davon, dass es für eine Standortsicherung notwendig ist, jetzt zu investieren. Will das Amt Odervorland den Wettbewerb um gute Köpfe nicht verlieren, dann ist ein neues Verwaltungsgebäude kein Größenwahn sondern eine dringende Notwendigkeit.

Marlen Rost

Amtsdirktorin